

Nr. 4/2008 • 07.03.2008

* Kompromiss zur Pflegereform ist ein Erfolg

Am 27. Februar hat die SPD-Bundestagsfraktion einen wesentlichen Erfolg mit dem Koalitionspartner in der Reform der Pflegeversicherung erreicht. Wir konnten dabei wesentliche Forderungen durchsetzen und machen mit dem errungenen Kompromiss eines deutlich: Die SPD-Bundestagsfraktion macht sich stark für die Pflegebedürftigen und für die vielen Menschen, die Hilfe und Unterstützung leisten.

Erhöhung der Leistungsbeträge

Die ambulanten Sachleistungsbeträge sollen bis 2012 schrittweise in den drei Pflegestufen der ambulanten Pflege angehoben werden. Die Erhöhung der Beträge gilt auch für die Sachleistungen in der Pflegestufe III und bei Härtefällen in der stationären Behandlung sowie für das Pflegegeld für pflegende Angehörige. Um die Leistungen der Pflegeversicherung regelmäßig anpassen zu können, haben wir die Überprüfung in Drei-Jahres-Schritten beschlossen.

Ein besondere Erfolg ist die Durchsetzung eines zusätzlichen Leistungsbeitrages von bis zu 2.400 Euro pro Jahr für Demenz- und Alzheimerkranke sowie geistig Behinderte.

Bessere Beratung und bessere Pflegequalität

Besonders am Herzen lag der SPD-Bundestagsfraktion die Einrichtung von Pflegestützpunkten. Pflegebedürftige und deren Angehörige sollen dort beim Eintreten eines Pflegefalls wohnortnahe und vernetzte Beratung erhalten. Dies geschieht durch ein so genanntes Fallmanagement qualifizierter Pflegeberater. Bereits vorhandene Angebote vor Ort werden so aufeinander abgestimmt, vorhandener Sachverstand genutzt. Die Union wollte die Pflegestützpunkte vermeiden. Wir haben durchgesetzt, dass diese auf Antrag der Bundesländer von den Krankenkassen eingerichtet werden müssen.

Die Qualitätsstandards für die stationäre und ambulante Pflege müssen weiter entwickelt werden. Dies kann aber nur durch konstante Qualitätskontrollen und mehr Transparenz im Pflegebereich durchgesetzt werden. Der medizinische Dienst der Krankenkassen wird zu diesem Zweck überwiegend unangekündigte Kontrollen durchführen. Die Ergebnisse werden in verständlicher und leicht zugänglicher Form veröffentlicht werden.

Union blockiert bezahlte Pflegezeit

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich im Falle des Eintretens eines Pflegefalls dafür ausgesprochen, dass Angehörige für eine kurzzeitige Freistellung von ihrer Arbeit bis zu 10 Tage Lohnersatzleistungen über die Pflegekassen erhalten können. Die CDU/CSU-Fraktion war dazu jedoch nicht bereit. Wir können die Gründe nicht nachvollziehen, denn ähnliche Regelungen (z. B. das Kinderpflege-Krankengeld) gibt es bereits.

Verbesserte Pflege kostet

Es ist klar: Eine Finanzierung dieser beschlossenen Maßnahmen kann nicht aus dem Blauen heraus geschehen. Wir werden den Beitragssatz der Pflegeversicherung erstmalig seit 1995 erhöhen müssen: um 0,25 Prozent. Die Mehreinnahmen, die wir in den kommenden Jahren erzielen werden aus heutiger Sicht ausreichen, um die Pflegeversicherungsleistungen bis 2014 sicherzustellen.

Fazit

Trotz der Blockaden durch die Union trägt der Pflegekompromiss deutlich eine sozialdemokratische Handschrift. Die SPD-Bundestagsfraktion steht für das Soziale in der Großen Koalition: Das Ziel für uns bleibt die solidarische Bürgerversicherung Pflege.